

>>> Protokoll des Stadtteilplenums vom 17.02.2009

Datum:	17.2.2009 (19:05 Uhr bis 21:30)
Ort:	Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32
Moderation:	Susanne Torka
Protokoll:	Anna Galda, Beatrice Pfitzner (QM Moabit West S.T.E.R.N. GmbH)
Teilnehmer:	ca. 45 Personen

Tagesordnung

1. Neues aus dem Kiez
Projekt *Demokratie für alle*
2. Beteiligungsverfahren kleiner Spielplatz Ottopark
3. Wahlauf Ruf zur Aktionsfonds-Jury
4. Der Brandbrief von 68 SchulleiterInnen aus Mitte –
Zur Situation an den Schulen in Mitte
5. Termine und Sonstiges

Zu Beginn der Sitzung stellen sich die MitarbeiterInnen des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) vor. Frau Büttner stellte ihr Forschungsprojekt bereits im letzten Stadtteilplenum vor und möchte die Redebeiträge gerne mitschneiden. Nachdem kein Widerspruch aus dem Plenum kommt, wird das Stadtteilplenum ab 19:10 Uhr aufgezeichnet.

1. Neues aus dem Kiez

Demokratie für alle

Eva Maria Kaes stellt das Projekt *Demokratie für alle* vor. Es wurde im Herbst und Winter 2008 mit Schülerinnen und Schülern der fünften und sechsten Klassen der James-Krüss-Grundschule durchgeführt. Das Training wurde 12 Wochen (16 Stunden Training pro Woche) lang an der Schule durchgeführt. Ziel des Trainings ist es, die ein Grundverständnis für Demokratie zu entwickeln und dieses auf den Alltag zu übertragen

Das Projekt wurde mit Mitteln der Sozialen Stadt aus dem Quartierfonds II in 2008 gefördert. Eine weitere Besonderheit des Demokratie-Trainings waren die verwendeten Materialien: Spaghetti, Abflussrohre, Klebepistolen und vieles mehr.

Das Demokratietraining im Bereich Vielfalt und Toleranz wurde durch einen interessanten Film festgehalten

Als Fazit hält Eva Maria Kaes fest, dass das Training für alle Beteiligten ein wirkliches Abenteuer war und die Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler für das Training sowie die Unterstützung seitens der James-Krüss-Grundschule sehr beeindruckend waren. Gern würde sie ein solches Projekt nochmal in weiterentwickelter Form durchführen.

Nach den einführenden Worten wird das Video gezeigt.

2. Beteiligungsverfahren kleiner Spielplatz Ottopark

Katharina Hohmann ist seit kurzen beim Moabiter Ratschlag e.V. für Kinder- und Jugendbeteiligungsverfahren verantwortlich. Sie hat diese Aufgabe von Elke Fenster übernommen und berichtet im Folgenden über den

Verfahrensstand des kleinen Spielplatzens im Ottopark. Ausgangspunkt ist der Neubau eines festen Hauses für den pädagogisch betreuten Spielplatz und die damit einhergehende Neugestaltung des benachbarten kleinen Spielplatzes im Ottopark. An dem durchgeführten Beteiligungsverfahren nahmen Kinder im Alter bis 5 Jahre teil, sowie deren Eltern und BetreuerInnen aus den jeweiligen Kindertagesstätten. Dabei wurde zunächst mit dem Kindern eine „Bestandsaufnahme“ zum Thema „Gute Orte-Blöde Orte“ gemacht. In diesem Zusammenhang wurden Bilder gemalt und Modelle gebaut. Vertiefend wurden anschließend Wünsche und Verbesserungsvorschläge formuliert, die in den weiteren Planungen Berücksichtigung finden werden. Unter anderem wurde von den Kindern der Wunsch geäußert, den angrenzenden Asphaltweg als Fahrbahn für Bobby-Cars, Inline Skates, etc. nutzen zu dürfen

Weitere Informationen und eine genaue Dokumentation der Ergebnisse der Beteiligung sind unter <http://www.moabiter-ratschlag.de/projekte/kinderbuero/> zu finden.

> Frage | Statement

Der unmittelbare Bereich um den Spielplatz (Asphaltweg) wird nicht nur von Eltern und Kindern genutzt. Inwiefern werden andere Nutzergruppen bei der Umgestaltung mit berücksichtigt.

Fr. Hohmann antwortet dazu, dass beim vorgestellten Verfahren der Schwerpunkt bei der Kinder- und Jugendbeteiligung lag, da es ausschließlich um die Spielplatzfläche ging.

Fr. Thöne ergänzt dazu, dass der Umbau des Spielplatzes mit Fördergeldern aus dem Programm Soziale Stadt realisiert wird. Im Rahmen des Förderprogrammes Aktive Stadt- und Ortsteilzentren wird es weitere Umbau- und damit auch Beteiligungsverfahren geben, bei denen auch andere Nutzergruppen mitberücksichtigt werden.

Fr. Torka fügt hinzu, dass besagter Asphaltweg von den Kindern mitgenutzt werden möchte. Der Weg soll als solcher erhalten bleiben und lediglich um die Nutzergruppe Kinder erweitert werden.

3. Wahlaufruf zur Aktionsfonds-Jury

Lars Friedrich vom Quartiersmanagement Moabit West ruft zur Wahl der neuen Aktionsfonds-Jury auf. Diese findet am **17.03.2009** vor dem nächsten Stadtteilplenum im Nachbarschaftstreff von **18 bis 19 Uhr** statt. In der Aktionsfonds-Jury dürfen Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Kiez, die mindestens 16 Jahre alt sind, mitarbeiten. Bisher liegen sechs Bewerbungen vor. Diese reichen jedoch noch nicht aus, um die Jury vollständig zu besetzen. Hr. Friedrich ruft die Anwesenden dazu auf sich zur Wahl zu stellen.

Die Bewerbungsformulare können unter www.moabitwest.de oder direkt im Vor-Ort-Büro des Quartiersmanagement ausgefüllt werden.

4. Der Brandbrief von 68 SchulleiterInnen aus Mitte – Zur Situation an den Schulen in Mitte

Dagmar Hänisch (Bezirksstadträtin für Bildung und Kultur im Bezirk Mitte) gibt einen kurzen Input zum Brief der Schulleiter und den seitdem von Bezirks- und Senatseite eingeleiteten Maßnahmen.

Nach den Unruhen, die der Brief der Schulleiter ausgelöst hat, sind der Bezirk und der Senat in einen Dialog getreten. Der Bezirk stimmt den Forderungen der Schulleiter grundsätzlich zu und erkennt den dringenden Handlungsbedarf an. Fr. Hänisch stellt die daraus resultierenden Forderungen des Bezirkes vor:

Nötig sind besser ausgebildete Lehrkräfte insbesondere qualifizierte Hochschulabsolventen, die in der Lage sein müssen die in absehbarer Zeit auf Grund von Pensionierung freiwerdenden Stellen nach zu besetzen. Ferner besteht ein erheblicher Bedarf an SekretärInnen und HausmeisterInnen, um eine vernünftige Organisations- und Infrastruktur innerhalb der Schule gewährleisten zu können. Diesbezüglich muss ausreichend Vertretungspersonal vorhanden sein. So sind allein im Bezirk Mitte sieben Hausmeisterstellen neu zu besetzen.

Vor dem Hintergrund der prekären finanziellen Lage im Bezirk Mitte, verbunden mit der vom Senat angestrebten Haushaltskonsolidierung gibt es derzeit einen erhöhten Diskussionsbedarf um die finanzielle Ausstattung im Bildungsbereich. Auf eine gemeinsame Initiative aller zwölf Bezirke hin sind 78 Außeneinstellungen für neue Lehrkräfte in allen Bezirken geplant. Diese werden in Kürze vom Senat genehmigt und werden dann auf den Weg gebracht. Der Bezirk möchte zukünftig den Schulen Mittel für Einstellungen und Vertretungen zur Verfügung stellen, die diese in eigener Verantwortung verwalten. Bezüglich dieser Autonomiebestrebungen des Bezirkes ist eine Einigung mit dem Senat jedoch nicht abzusehen.

Neben fehlendem Personal besteht auch einen erheblichen Bedarf an Sanierungsmaßnahmen und Erweiterungsbauten in den Schulen des Bezirkes, der finanziert werden muss. Auf Bezirksseite muss die Kommunikation zwischen Hochbauamt, Schulamt und Schulleitern diesbezüglich verbessert werden. Das Kernproblem des Bezirks ist jedoch vor allem sozial-struktureller Art. Auch das aktualisierte Monitoring Soziale Stadtentwicklung unterstreicht diese Tatsache trotz eines gesamtstädtisch rückläufigen Trends. Um der Situation in Mitte ernsthaft entgegen treten zu können, ist eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirk anzustreben, die auf Basis gemeinsamer Maßnahmen zu einem sozialen Ausgleich im Bezirk führt.

Als ersten wichtigen Ansatzpunkt sieht der Bezirk die Verkleinerung der Klassenfrequenzen in den Schulen. Im Rahmen der sich im Prozess befindlichen Schulstruktur-Reform (SSR) wurde bereits eine erste Vorlage für das Abgeordnetenhaus mit wichtigen Eckpunkten der Schulreform erarbeitet. Einige wichtige Punkte fanden dabei bisher keine Berücksichtigung. So sieht der Senat etwa bei der Frage der Klassenfrequenz eine 27er Stärke vor, die seitens des Bezirks Mitte jedoch keineswegs als trag- und realisierbar erscheint. Darüber hinaus fehlt seitens des Senats bisher ein differenziertes Ausstattungsmodell für die Bezirke. Eine Differenzierung zwischen den Stadtteilen wird nicht vorgenommen, genau dies wird jedoch seitens des Bezirks Mitte gefordert.

Bei einer vom Senat festgelegten Klassenfrequenz mit 27 Schülern hat der Bezirk die Zusammenlegung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu Sekundärschulen berechnet. Die vom Bezirk geforderte Klassenfrequenz beträgt jedoch maximal 22 Schülern pro Klasse. Dies würde einen Status Quo der jetzigen Situation bedeuten. Sollte der Forderung stattgegeben werden, wäre ein weiterer Standort für eine Sekundärschule vonnöten.

Nach der geplanten Maßgabe brächte die SSR für den Bezirk Mitte in keinster Weise die geplante Entlastung, sondern stellt den Bezirk vor zusätzliche Probleme. In diesem Zusammenhang kritisiert Fr. Hänisch nochmals die fehlende Differenzierung der Bezirke untereinander (Bezirke mit bürgerlichem Charakter/Brennpunktbezirke).

Aus dem Konjunkturpaket der Bundesrepublik erhält Berlin € 650 Millionen. Davon sind € 196 Millionen für den Bildungsbereich vorgesehen. Jeder Bezirk erhält € 10 Millionen und kann darüber hinaus beim Senat einzelne Projekte beantragen, die aus einem zentral verwalteten Fördermittel-Etat von € 33 Millionen finanziert werden sollen. Für diese Gelder musste innerhalb von 14 Tagen bis zum 16. Februar ein Maßnahmenkatalog beim Senat eingereicht werden. Bis Ende März werden die endgültigen Maßnahmen festgelegt. Die Realisierung der Baumaßnahmen muss in den Jahren 2009/2010 erfolgen und spätestens Mitte 2011 abgeschlossen sein. Weiterhin hat der Senat ein Sonderprogramm zur Behebung des Sanierungsstaus der Schulen aufgelegt (Höhe: € 50 Millionen). Die Mittel des Konjunkturpaketes werden in Berlin in erster Priorität für die Realisierung der Baumaßnahmen im Rahmen der Schulstruktur-Reform (SSR), hier insbesondere für den Ausbau der Sekundärschulen eingesetzt. Zusätzliche Gelder wird es für den Ausbau von Ganztagschulen im Gymnasialbereich und im Rahmen einer energetischen Sanierung der Schulen geben. Fr. Hänisch stellt hierzu ergänzend dar, dass all diese Mittel keine „interne“ Sanierung der Schulen bedeuten.

Die Maßnahmen für die Gelder aus dem Konjunkturpaket wurden vom Bezirk fristgerecht eingereicht. Die Grundlage für die Maßnahmen war weiterhin eine 27er Klassenfrequenz. Für den Bezirk Mitte hatte dies zur Folge, dass eine Festlegung von prioritären und sekundären Schulstandorten erfolgen musste. Vor diesem Hintergrund werden zwei Schulstandorte geschlossen, wobei der ein sich in der Turmstraße 86 (Breitscheid-Oberschule) befindet.

> Frage | Statement

1. Ab wann soll die Schulstruktur-Reform (SSR) umgesetzt werden, bis wann soll diese abgeschlossen sein?
2. Ist es richtig, dass im Rahmen des Konjunkturpakets vom Senat keine Gelder für die Grundschulen vorgesehen sind?
3. Das Monitoring Soziale Stadt hat drei große Problembereiche definiert und empfiehlt eine Schwerpunktsetzung im Bildungsbereich. Inwiefern haben Sie sich damit auseinandergesetzt?

Antwort Fr. Hänisch: Die SSR wird ab dem Schuljahr 2010/11 eingeführt und soll bis zum Schuljahr 2013/14 abgeschlossen sein. Bis dahin sollen alle Schulen zu Sekundarschulen gewachsen sein. Die für das

Konjunkturpaket angemeldeten Maßnahmen beziehen sich prioritär auf den generellen Ausbau der Sekundärschulen. Ferner ist für den Ausbau der Ganztagschulen im gymnasialen Zweig eine Ausstattungsverbesserung vorgesehen, sodass Maßnahmen in den Grundschulen bis auf die energetischen Verbesserungen nicht angemeldet werden konnten. Das Senatsprogramm „50plus“ wird jedoch insbesondere für die Baumaßnahmen in Grundschulen verwendet werden.

Die im Sozial-Monitoring aufgestellte These, dass eine positive Quartiersentwicklung über ein funktionierendes Bildungssystem befördert werden kann, ist nicht neu. Es besteht dabei jedoch die Notwendigkeit, einzelne Ebenen besser aufeinander abzustimmen. Das Sozial-Monitoring ist diesbezüglich nicht konkret genug.

> Frage | Statement

Wer hat darüber entschieden, dass die SSR primär umgesetzt werden und die Forderungen aus dem Bezirk Mitte sekundär?

Antwort Fr. Hänisch: Diese Entscheidung hat der Senat getroffen.

> Frage | Statement

Die Wichtigkeit dieses Briefes der Schulleiter ist nochmals zu betonen. Die Reaktion des Senats auf diesen Brandbrief ist jedoch als grundlegend falsch zu beurteilen. Anstatt die Forderungen direkt anzugehen werden die Bezirke – insbesondere Mitte – von einer Senatspolitik überrumpelt, die die Inhalte des Briefes zur reinen Makulatur macht. Dies kann zu keiner Qualitätsverbesserung an den Schulen in Mitte führen. In Mitte braucht es neue Konzepte, mehr Personal und kleinere Klassen, um diesen Problemen begegnen zu können. Weiterhin ist zu anmerken, dass der Senat über die Bezirke hinweg Entscheidungen trifft, die ihm nicht zustehen. Die Probleme des Bezirks wurden m.E. nicht erkannt und es muss daher eine Mobilisierung auf allen Ebenen erfolgen.

> Frage | Statement

Dem vorher Gesagten ist zuzustimmen und ergänzend ist zu sagen, dass zukünftig ein besonderes Augenmerk auf die massiven Sprachdefizite gelegt werden muss. Durch besondere Maßnahmen (Lehrerschulungen, Sonderklassen für neu zugezogene Kinder) muss diesem Problem begegnet werden. Dazu wird die Bildung einer AG Schule vorgeschlagen.

> Frage | Statement

Es wird darauf hingewiesen, dass der Brief nach wie vor eine gute Entscheidung und der richtige Weg darstellt. Jedoch muss dazu hinzugefügt werden, dass der Brief nur die Aspekte aufzeigt, in denen sich alle SchulleiterInnen einig waren. Darüber hinausgehend besteht in weiteren Bereichen ebenfalls großen Handlungsbedarf. Weiterhin ist zu bedenken, vor welchem Hintergrund es zu einem Zusammentreffen der SchulleiterInnen kam: Diese wurden aufgefordert, weitere Sparmöglichkeiten zu erörtern. Es ist bei der Diskussion unbedingt darauf zu achten, dass der Brief und seine Folgen und die Aktivitäten des Senats im Rahmen der SSR getrennt voneinander betrachtet werden müssen.

> Frage | Statement

Seitens des Senats gibt es zusätzliche Aktivitäten, bei denen ab dem Schuljahr 2009/10 in den 12 Bezirken zusätzlich 78 Sozialarbeiter-Stellen besetzt werden. Davon erhält der Bezirk Mitte 14 Stellen (überdurchschnittlich im Vergleich zu den anderen Bezirken). Eine Stelle ist für die Gotzkowsky-Grundschule vorgesehen.

Fr. Hänisch ergänzt dazu, dass dies keine direkte Reaktion auf den Brief der SchulleiterInnen darstellt, sondern eine länger geplante Maßnahme ist, die nun umgesetzt wird.

> Frage | Statement

Wie steht es mit der Kommunikation unter den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen 11 Bezirken? Gibt es

eine Zusammenarbeit untereinander oder laufen zur Senatsverwaltung 12 parallele Kommunikationsprozesse und es gibt einen Wettbewerb unter den Bezirken?

Antwort Fr. Hänisch: Von einer Konkurrenz zwischen den Bezirken ist auszugehen, da eine Aufwertung der Ausstattung von jedem Einzelnen im größtmöglichen Umfang eingefordert wird. Bei der Bewerbung um Gelder aus dem Konjunkturpaket blieb der erwartete Wettlauf jedoch aus. Weiterhin gibt es ein Papier, auf das sich sieben Bezirke geeinigt haben. In diesem werden Rahmenbedingungen dargestellt und im Anschluss dem Senat mitgeteilt. Dies ist zwar noch kein optimales Ergebnis im Sinne einer gebündelten Zusammenarbeit, aber stellt einen guten Ansatz dar, mit dem man dem Senat gegenüber treten kann.

> Frage | Statement

Zum Thema wurde in der BVV Mitte bereits ein Sonderausschuss gegründet. In diesem stellte sich dar, dass die Möglichkeit besteht für den Bezirk Mitte eine größere Summe bei einem darauf abzielenden Engagement einzufordern. Dieses würde jedoch eine rein selbstbezogene Herangehensweise bedingen und somit eine Zusammenarbeit mit anderen Bezirken ausschließen.

> Frage | Statement

Es wird darauf hingewiesen, dass die Schulleiter des Bezirks Mitte sich am morgigen Tage zu einem weiteren Treffen der Bezirksschulleiter Mitte zusammenfinden. Hierbei wird es um weitere gemeinsame Aktivitäten gehen.

Zu Bedenken sind auch die Folgen eines positiven ProReli-Volksbegehrens: Für die Schulen bedeutet das, neue Lehrer einzustellen, die dieses Fach unterrichten können. Bisher wurde der Religionsunterricht von Mitarbeiter der Kirchen durchgeführt und finanziert. Sollte das Begehren erfolgreich sein, müssen LehrerInnen weitergebildet bzw. neu eingestellt werden. Dies bindet finanzielle Mittel, aber auch Lehrkapazitäten an den jeweiligen Schulen. Dies könnte zu einem Desaster an den Schulen führen.

> Frage | Statement

Die starken sozialstrukturellen Probleme wurden bereits angesprochen. Durch einen hohen Anteil an Migranten und Beziehern von sozialen Leistungen kommt es zu einer regelrechten Ghettoisierung der Schulen. Als Problem das diese Tendenz verstärkt wird hierbei die freie Schulwahl der Eltern innerhalb des Bezirkes benannt. Kinder aus bildungsnäheren Familien würden deshalb nicht an den betroffenen Schulen angemeldet. Aus diesem Grund reiche es nicht, die Schulen zu sanieren: Das Prinzip schöne Schule gleich bessere Schule funktioniert nicht, wie auch der Campus Rütli bestätigt. Von 60 AbsolventInnen haben gerade drei einen Ausbildungsplatz bekommen.

> Frage | Statement

Eigentlich bräuhete jede Klasse zwei Lehrkräfte: Eine Kraft, um die Klasse zu beruhigen und eine Kraft, um den Unterricht abzuhalten.

> Frage | Statement

Eine gut und schön gestaltete Lernatmosphäre kann eine soziale Durchmischung fördern. Intoleranz sei nicht der Grund, warum Kinder aus bildungsnahen Familien nicht an den betreffenden Schulen angemeldet werden, sondern dass die Rahmenbedingungen die einen normalen Unterrichtsablauf gewährleisten teilweise nicht gegeben sind.

Weiterhin sollten das Volksbegehren ProReli und die generelle Finanzierung zur Behebung der Probleme getrennt voneinander betrachtet werden.

> Frage | Statement

Es wird vorgeschlagen, dass die genannten Hinweise zu sammeln. Des Weiteren wird die Frage ans Plenum gestellt, wie man nun aktiv werden könnte. Dabei ist zu klären, an wen die Forderungen gerichtet werden soll. Das heute Abend anwesende Netzwerk sollte unbedingt genutzt werden, um aktiv zu werden.

Dazu meldet sich Norbert Onken als Sprecher des Quartiersrates Moabit West und weist darauf hin, dass d einen vom Quartiersrat erarbeiteten Brief vor, der an Senator Zöllner gerichtet ist.

> Frage | Statement

Der BVV-Ältestenrat hat sich ebenfalls damit beschäftigt. Dabei gab es einen Schulterschluss der Parteien und einen daraus resultierenden Brief mit gemeinsamen Forderungen.

Der Brief des Quartiersrats sollte vorgelesen werden und dann zügig als „gebündelte Kampfansage“ an die entsprechenden Stellen weitergegeben werden.

> Frage | Statement

Es wäre sicherlich sinnvoll einen solchen Brief mit den entsprechenden Forderungen an die Abgeordnetenfraktion zu schicken.

Nach einer kurzen Abstimmungsrunde wird er Brief von Norbert Onken vorgetragen.

> Frage | Statement

Die wichtigsten Kernpunkte des Briefes werden zusammengefasst: Die fehlende Beachtung der Sozialstruktur, der mangelhafte Bauzustand, enge Fristsetzung, Integrationsdefizite, die fehlende Beteiligung demokratischen Gremien, unklare Zukunft der Gemeinschaftsschulen, die Durchlässigkeit der Schulformen, die Perspektiven für SchülerInnen ohne Abschluss, die Frage der Klassenfrequenz, die sozialpädagogische Ausstattung und die sonderpädagogische Förderung. Daher der Vorschlag, nicht nur Fragen an Herrn Zöllner zu formulieren, sondern klare Forderungen.

Allgemeine Zustimmung aus dem Plenum.

> Frage | Statement

Wann wird der Senat die Arbeit zu diesem Thema aufnehmen?

Antwort Fr. Hänisch: am 13.03.2009 wird der Senat über die Maßnahmenfinanzierung aus dem Konjunkturpaket entscheiden. Bei der SSR blieb noch etwas zwei Monate Zeit, um die Eckpunkte zu diskutieren. Dies bedeutet, dass etwa 2 Wochen verbleiben, um etwaige Forderungen zu formulieren.

Der Brief des Quartiersrates wird als Vorlage verwendet und in einer kleineren Arbeitsgruppe mit den festgehaltenen Kernpunkten und Forderungen überarbeitet. Die Arbeitsgruppe formuliert den Brief im Namen des Stadtteilplenums.

5. Termine und Sonstiges

Projekt- und Ideenauf Ruf für den Quartiersfonds III

Dem Quartiersmanagement Moabit West stehen im Programmjahr 2009 Fördermittel aus dem Programm Soziale Stadt in Höhe von € 516.000 für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 zur Verfügung. Damit können Projekte mit einem Antragsvolumen von mindestens 10.000 € gefördert werden. Förderschwerpunkte sind die drei Themenfelder *Bildung (und Erziehung) tut not!*, *Starke Nachbarschaft* und *Gewerbe stärkt den Kiez*. Vorschläge dazu können ab sofort bis zum 16.03.2009 beim QM-Büro eingereicht werden.

Aufruf zum Girls-Day 2009

Die Vorbereitungen für den Girls-Day 2009 sind angelaufen. Es werden noch Sponsoren und Unterstützer für diesen Tag gesucht. Bei Interesse bitte bei Frau Gotlinde Lwanga melden.

Tel: 030 – 39879631

Fax: 030 – 39879632

Mail: mentos.mitte@nwik.de

- > 20.02.2009 | 19 Uhr | Hochparterre Stadtschloss Moabit | Rostocker Straße 32
"Talentschuppen - MoabiterInnen lesen ihre Texte ab 18" im Rahmen des Projektes MoViT
- > 07.03.2009 | ab 12 Uhr | Rathaus Tiergarten, Mathilde Jakob-Platz | Aktion zum internationalen Frauentag
Moabiter Frauen organisieren einen Aktionstag vor dem Rathaus Tiergarten mit Kaffee und Kuchen, Musik und Tanz etc. Das letzte Vorbereitungstreffen findet am 25.02.2009 um 19:30 Uhr im Raum 2 des Stadtschloss Moabit (Rostocker Straße 32) statt.
- > 08.03.2009 | ab 15 Uhr | Kulturfabrik Lehrter Straße 35 | Klara Franke Tag...
...und Verleihung des Klara-Franke-Preises für bürgerschaftliches Engagement.
- > 30.03.2009 | 19-21 Uhr | Diakoniegemeinschaft Bethania e. V. | Waldstraße 32
Kaminabend des ZiD e.V. | Thema: Religionsunterricht in den Schulen